



**mouvement
écologique**

LEIT BRAUCHE VISIOUNEN / VISIOUNE BRAUCHE LEIT

Die nachhaltige Entwicklung in den Wahlprogrammen der Parteien

**Eine Analyse des Mouvement Ecologique
anlässlich der Nationalwahlen 2018**

Oktober 2018

**Walen
2018**

Die nachhaltige Entwicklung in den Wahlprogrammen der Parteien

Eine Analyse des Mouvement Ecologique anlässlich der Nationalwahlen 2018

In den vergangenen Legislaturperioden hat der Mouvement Ecologique den respektiven Parteien im Vorfeld der Nationalwahlen einen Fragenkatalog zu wichtigen Themen aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung zugestellt und die Resultate als Orientierungshilfe für interessierte WählerInnen veröffentlicht.

Der Mouvement Ecologique hat dabei jedoch den Eindruck gewonnen, dass diese Vorgehensweise zu kurz greift und nicht aussagekräftig genug ist. Relevante Unterschiede in der *grundsätzlichen* Orientierung der verschiedenen Parteien wurden nicht ausreichend ersichtlich; vor allem waren die Antworten der Parteien zu oft mit relativierenden Zusätzen verbunden («Ja, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen»). Deshalb hat sich der Mouvement Ecologique anlässlich der Nationalwahlen 2018 entschieden, eine Analyse der Wahlprogramme der verschiedenen Parteien in **bestimmten Themenbereichen** durchzuführen.

Die Basis für diese Analyse, die selbstverständlich in aller parteipolitischen Neutralität stattfindet, stellen dabei die Wahlanregungen des Mouvement Ecologique dar, die den Parteien bereits im Mai zugestellt wurden.

Es liegt auf der Hand, dass der Mouvement Ecologique sich Prioritäten in der Analyse setzen musste. Der Fokus lag auf den Vorschlägen für die Legislaturperiode 2018-2023, die vom Mouvement Ecologique im Vorfeld der Wahlkampagne erarbeitet wurden. (Broschüre *“Zukunft nachhaltig gestalten – ökologisch, sozial und gerecht”* sowie den daraus entwickelten 9 zentralen Anregungen sowie den 27 spezifischeren Forderungen des Mouvement Ecologique).

Der Mouvement Ecologique begrenzt sich deshalb darauf

- **zentrale Fragestellungen aus seiner Sicht zu analysieren, die exemplarisch die grundsätzliche gesellschaftspolitische Orientierung der Parteien zu einem bestimmten Themenbereich der nachhaltigen Entwicklung widerspiegeln;**
- **im Besonderen unterschiedliche Standpunkte zwischen Parteien in verschiedenen Schlüsselfragen aufzugreifen.**

Bei dieser Analyse werden zudem weniger die generellen Aussagen in den Parteiprogrammen im Sinne von *„Wir werden den öffentlichen Transport fördern.“* – *„Wir nehmen den Klimaschutz Ernst“* aufgegriffen. Derart allgemeine Statements werden quasi von allen Parteien getragen und stellen in diesem recht niedrigen Detaillierungsgrad einen hohen gesellschaftlichen Konsens dar. Wesentlicher ist vielmehr, wie die unterschiedlichen Parteien diese generelleren Aussagen mit Leben füllen wollen und welche Instrumente vorgesehen sind.

Zurückbehalten wurden die Wahlprogramme der Parteien, die in allen Wahlbezirken antreten.

Wenn eine Partei nunmehr im Folgenden mehr oder weniger häufig zitiert wird, liegt dies daran, dass einzelne Parteien z.T. weniger oder aber weniger ausführliche(re) Aussagen zu den angesprochenen Themenbereichen gemacht haben und der Detaillierungsgrad entsprechend sehr unterschiedlich ist.

Wobei jedoch angeführt werden muss, dass die KPL in den wenigsten Bereichen zu den vom Mouvement Ecologique angeführten Themen der nachhaltigen Entwicklung Stellung bezieht. Es wird im Folgenden nicht immer hervorgehoben, wenn die KPL sich nicht geäußert hat.

Die Analyse erfolgte mit bestem Wissen und Gewissen und unter Wahrung einer weitestgehenden Objektivität.

1. Néideg Ëmgestaltung vun eisem Gesellschafts- a Wirtschaftssystem zum Erhalt vun eise Liewensgrundlagen: Eng politesch Prioritéit? Wéi ëmgoe mat dem Wuesstem?

Eine Analyse der Wahlprogramme im Bereich der nachhaltigen Entwicklung kann sich nicht nur auf Aussagen der Parteien zu sektoriellen Bereichen beschränken. Es ist vielmehr geboten, die grundsätzliche Orientierung, die **Grundphilosophie**, welche den jeweiligen Parteiprogrammen zugrunde liegt, zu erfassen.

Ökologische Grenzen als Leitplanken menschlichen Handelns: erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien

Mit dem zunehmenden Artensterben und dem damit einhergehenden Biodiversitätsverlust, der Klimaveränderung, der problematischen Situation im Bereich der Wasserwirtschaft, der fortschreitenden Zersiedlung der Landschaften, der stetigen Degradation des Bodens... gefährdet bzw. zerstört der Mensch derzeit wesentliche Lebensgrundlagen.

Die Erkenntnis, dass der Respekt der Grenzen der Belastbarkeit der natürlichen Oekosysteme, DIE Priorität einer jedweden Politikgestaltung sein muss, ist grundlegend für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und somit auch für die vorliegende Analyse des Mouvement Ecologique. Luxemburg ist gefordert, sein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell im Sinne der nachhaltigen Entwicklung umzugestalten.

**Inwiefern hat diese Überzeugung Eingang in die verschiedenen Parteiprogramme gefunden?
Welche Einstellungen spiegeln die Parteiprogramme wider? Werden die natürlichen
Lebensgrundlagen als Basis unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten anerkannt?**

**Werden vor allem ökologische "Leitplanken" für die Gestaltung unseres Gesellschafts- und
Wirtschaftsmodells akzeptiert und als Ziele der verschiedenen Politiken definiert?**

**Oder besteht eher die Tendenz am Bestehenden festzuhalten, mit hier und da einigen
ökologischen Einsprengseln und Korrekturen?**

Infragestellung unseres aktuellen Wirtschaftssystems und des Wachstumsdogmas: Erhebliche Differenzen zwischen den Parteien

Zentrale These des Mouvement Ecologique ist zudem, dass unbegrenztes Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich ist.

Ziel ist es, das Wirtschaftssystem derart umzugestalten, dass es auch ohne kontinuierliches Wachstum zukunftsfähig ist.

Damit verbunden ist natürlich die Erkenntnis, dass auch unser Sozialsystem unabhängiger von einem kontinuierlichen Wachstum gestaltet werden muss.

Positiv zu werten ist, dass fast alle Parteien die Thematik aufgreifen und Aussagen machen im Sinne von *“... Produktionsmethoden effizienter gestalten...” Eine Wirtschaft, die “... nicht unweigerlich zur Übernutzung von Ressourcen führt”.... “qualitatives Wachstum, das weniger negative Konsequenzen (hat)...”.*

Auch die Bedeutung der **Kreislaufwirtschaft**, die vor Jahren fast noch bedeutungslos war, wird von **den Parteien ausdrücklich anerkannt und gefordert, ja schon fast als Allheilmittel benannt.**

Ebenfalls positiv zu werten ist, dass die Parteien dafür eintreten, gezielt Betriebe anzuwerben, die auch aus nachhaltiger Sicht vertretbar sind bzw. „Zukunftstechnologien“ darstellen. Zudem greifen die Parteien die Bedeutung von Gemeinwohliniitiativen / Initiativen der Solidarwirtschaft, der Sharing Economy usw. auf.

Dass die Wachstumsfrage überhaupt aufgegriffen wird, die Chancen der Kreislaufwirtschaft auch aufgrund des Rifkin-Prozesses erkannt werden, Themen wie Gemeinwohl und Sharing Economy aufgegriffen werden, ist ohne Zweifel positiv zu werten. In den vorherigen Wahlkämpfen fehlte es noch überwiegend an der Erkenntnis, dass das Wachstum zumindest teilweise gesteuert, selektiver und bewusster gestaltet werden sollte.

Wie sind die Aussagen der Parteien betreffend die Diskussion über ökologische Leitplanken für menschliches Handeln sowie des Umgangs mit der Wachstumsthematik in ihren Programmen einzuschätzen (es werden nicht alle Aussagen einzeln aufgegriffen: die im Folgenden angeführten stehen symbolhaft für andere und sollen die generelle Orientierung widerspiegeln)?

- Die **Piraten** greifen wohl - wenn auch nur am Rande - die ökologische Krise auf, ohne aber wirklich zu definieren, was dies für unser Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell bedeutet. Die Einführung des Grundeinkommens wird als primäres diesbezügliches gesellschaftspolitisches Instrument benannt.
- **Déi Greng** stellen die natürlichen Lebensgrundlagen als “Rahmen” für die menschlichen Aktivitäten in den Fokus (im ersten Kapitel des Wahlprogrammes, S. 9). Es gibt hierzu zahlreiche Aussagen und Instrumente, exemplarisch für andere seien folgende angeführt: Kapitel *“Eis Natur a Liewensgrondlage schützen: “Mit der Natur und Umwelt schützen wir die Grundlagen unseres Lebens. Der an kurzfristigem Profit orientierte Umgang mit der Natur und Schätzen, ihr Konsum über die planetarischen Grenzen hinaus, fällt am Ende auf uns zurück. Wir wollen, dass alle Menschen frei, unbesorgt und gesund ihr Leben gestalten können. Eine Grundlage hierfür ist sauberes Wasser, lebendige Böden, gesunde Luft und eine*

starke Artenvielfalt". (S. 9) Das Programm hebt auch die Bedeutung des Nachhaltigkeitsplanes sowie die Notwendigkeit einer Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 hervor. (S. 13).

Ebenso heben déi Gréng als einzige Partei (in diesem Ausmaß) die Bedeutung einer Reihe von konkreten Instrumenten hervor, dies in einem gesonderten Kapitel *"Gutes Leben ist mehr als Bruttosozialprodukt"*:

„- die gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige Entwicklung Luxemburgs weiterführen, damit wir gemeinsam über unsere Konsumstile und Gesellschaftsziele entscheiden können. So sollten wir den Pakt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch einen Pakt für Wohlstand und Nachhaltigkeit ersetzen;

- statistische Indikatoren benutzen, um den Zustand unseres sozialen und ökologischen Wohlstands zu bewerten und auf diese Weise das Bruttosozialprodukt als Hauptindikator ablösen;

- einen jährlichen Wohlstandsbericht veröffentlichen, der auf diese Indikatoren aufbaut;“ (S. 94).

Die Aussagen der Grünen Partei betreffend die ökologischen Leitplanken sind entsprechend sehr deutlich, sie sprechen sich aber nicht direkt für einen Ausstieg aus der heutigen Wachstumslogik aus, sondern für ein „umweltverträgliches Wachstum“:

„Um ein umweltverträglicheres Wirtschaftswachstum zu erzielen, wollen wir Umwelt- und Ressourcenverbrauch erheblich reduzieren sowie ressourceneffizienten Konsum und eine möglichst effiziente Ressourcennutzung fördern.“ (S. 93).

- Die **LSAP** greift die Thematik mehrfach auf und hebt auch die Bedeutung ökologischer Belange hervor *„(...) die Wirtschaft so ausrichten, dass sie den Ressourcenverbrauch einschränkt und nachhaltiges Wachstum schafft“* (S. 6), geht jedoch was die Benennung der Instrumente betrifft weniger in die Tiefe. Doch findet man mehrfach Aussagen wie folgende: *„Für die LSAP geht nachhaltige Entwicklung über das Schlagwort „qualitatives Wachstum hinaus. Vielmehr geht es darum, die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Dimension miteinander zu verbinden. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, die Wirtschaft weiterzuentwickeln und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch einzuschränken und die Umwelt zu schonen.“* (...) *„Qualitatives Wachstum ist für uns nicht gleichzusetzen mit Desindustrialisierung. Es bedeutet an erster Stelle, dass Produktionsmethoden effizienter und weniger belastend für die Umwelt werden müssen. Dieselben Grundbedürfnisse müssen auf eine Art erfüllt werden, die nicht unweigerlich zur Übernutzung von Ressourcen führt. Weitere gute Lösungsansätze bietet in diesem Kontext die sogenannte Rifkin-Studie zur 3. Industriellen Revolution. Darüber hinaus dürfen sich neue Betriebe nur dann in Luxemburg ansiedeln, wenn sie die bestmöglichen Technologien einsetzen, um ihre Emissionen und den Ressourcenverbrauch möglichst niedrig zu halten. Die LSAP fördert parallel hierzu entsprechende Investitionen bei bestehenden Betrieben.“* (S. 56).

Ebenso hebt die LSAP hervor: die *„Agenda 2030 mit ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) stellt einen wichtigen Orientierungsrahmen dar.“* Auch der 3. Nachhaltigkeitsplan wird klar benannt (S.56). Als Instrumente werden vor allem die Notwendigkeit einer Verwendung bestmöglicher Technologien, ein *„Mentalitätswandel“* sowie ein *„verändertes Konsumverhalten“* angeführt. (S. 56).

Dabei bleibt sie der Überzeugung, dass ein Wachstum unabdingbar ist: *„Als Sozialisten sind wir der Überzeugung, dass wir ein angemessenes Wirtschaftswachstum brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir wissen auch, dass wir Wachstum brauchen, um die nötigen Steuereinnahmen zu generieren, ohne die wir weder unseren Sozialstaat finanzieren, noch unsere öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen aufrechterhalten könnten. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ohne Wachstum die Arbeitslosigkeit ansteigt und die Staatsfinanzen ins Ungleichgewicht geraten. Das ist ein Fakt.“* (S. 56). Als Instrument werden die Umsetzung der Vorschläge der „Rifkin-Studie“, eine Diskussion darüber „wie wir Wohlstand in Zukunft definieren wollen“ sowie das „PIBien-être“ angeführt.

- Die **CSV** gibt an, dass Klima- und Umweltschutz relevant seien (These im Kapitel *„Nachhaltig wachsen“*: *„Die CSV steht für konsequentes Handeln und klare Zielvorgaben im Interesse von Natur und Bürger“*) (S. 47). Es gibt zudem weitere generellere Aussagen, wie auch folgende: *„Eine gezielte Politik für die Anziehung ausländischer Investoren ist unerlässlich. Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie finden und klar definierte Sektorstrategien ausarbeiten. Das ist ein wesentlicher Ansatz, Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Aktivität im Allgemeinen zu steuern. Dazu gehören logischerweise auch, bestehende Betriebe, die investieren und/oder sich vergrößern wollen, in den Zonen Priorität einzuräumen.“* (S. 11.), konkretere Aussagen gibt es aber weniger.

Dort aber, wo konkrete Instrumente benannt werden, fördern diese, nach Ansicht des Mouvement Ecologique, z.T. das generelle undifferenzierte Wachstum. Verschiedene Forderungen stehen zudem im Widerspruch zu einer gezielten Steuerung des Wachstums: *„Die CSV strebt in mehreren Etappen eine Verringerung der gesamten Steuerbelastung der Betriebe in Richtung 20 Prozent bei gleichzeitiger Verbreiterung der Berechnungsgrundlage an. Dies, um im internationalen und europäischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben. Der aktuelle europäische Durchschnitt der betrieblichen Steuerlast liegt bei 21 Prozent.“*

- Die **KPL** formuliert kaum grundsätzliche Aussagen aus ökologischer Sicht im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.
- Bei aller Kenntnisnahme ökologischer Probleme prägen für die **DP** vor allem zwei Überlegungen den Umgang mit diesen Herausforderungen: einerseits, dass vor allem technische Innovationen zur Lösung der heutigen Probleme führen werden und mit Anreizen im ökologischen Bereich gearbeitet werden soll (nicht unbedingt z.B. mit staatlichen Vorgaben oder Besteuerungsmechanismen).

„Die DP setzt sich für ein langfristiges und nachhaltiges Wirtschaftsmodell ein. Die DP denkt daher das Erfolgsmodell Luxemburg weiter. Der Finanzplatz, der 27% zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, ist mit seiner hohen Innovationskraft ein Paradebeispiel für qualitatives Wachstum. In sämtlichen Wirtschaftsbranchen gilt es, die Innovationskraft und somit die Produktivität zu stärken. Die DP wird die Zukunftsstrategie für unser Land weiterentwickeln, die über rein wirtschaftliche Fragen hinausgeht. Der digitale Wandel und die klimaschutzbedingte Umstellung auf erneuerbare Ressourcen werden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach sich ziehen. Die Digitalisierung und Automatisierung eröffnen allerdings auch die Möglichkeit, um einen hohen wirtschaftlichen Mehrwert zu schaffen, der weniger auf dem quantitativen Zuwachs an Arbeitskräften beruht. Um sich auf

neue Herausforderungen einzustellen und die Entwicklung Luxemburgs aktiv zu gestalten, hat die DP-geführte Regierung den Rifkin-Prozess initiiert. Die DP möchte im Rahmen dieses Prozesses besonders kleine und mittlere Unternehmen aktiv begleiten und fördern.“ (S. 63) Weitergehende Aussagen zur Notwendigkeit einer grundsätzlichen Infragestellung des Wirtschafts- und Sozialmodells werden nicht gemacht.

- Der **ADR** hinterfragt die aktuelle Entwicklung kritisch, benennt aber nur begrenzt Instrumente um sie zu regulieren. Vor allem folgende Aussage charakterisiert diese Sichtweise, sie steht stellvertretend für andere: *“Wa muer 700.000 Awunner am Land wunnen, mir iwweermuer zu méi wéi enger Millioun sinn, da stellen d'Lëtzebuerger nach knapps en Drëttel oder e Véierel vun der Bevölkerung duer.”* (S. 3). Fokus des ADR ist augenscheinlich - wie auch Interviews von Parteiverantwortlichen belegen - nicht die Wachstumsdebatte als solche bzw. die Fragen nach den ökologischen Grenzen des Wachstums, sondern die demographische Entwicklung und im Besonderen der Anteil von Nicht-Luxemburgern. Insofern ist die Wachstumsdebatte, wie sie vom ADR geführt wird, eine gänzlich andere als jene, die der Mouvement Ecologique als notwendig erachtet. Es gibt zudem wenige Aussagen wie folgende: *„Fir d'ADR heescht verantwortungsvolle Wuesstem, datt fir all nei gréisser Entreprise, déi sech zu Lëtzebuerg wëll nidderloossen, eng Etüd iwwee d'Virdeeler an d'Nodeeler opgestallt gëtt. Ugeholl ginn dann déi Betriber, deenen hire globale Bilan positiv fir d'Land ass.“* (S. 4).
- **Déi Lénk** bekennen sich nachdrücklich zur Notwendigkeit des Erhalts der Lebensgrundlagen. So wird u.a. die tiefe heutige ökologische Krise beschrieben, die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) als Priorität definiert, Aussagen gemacht wie z.B. *“(Den) Schutz der Umwelt und der natürlichen Umwelt den wirtschaftlichen Interessen überordnen”.* (S. 51). *„Die Perspektiven für eine ökonomische Transition Luxemburgs und der Großregion sind zweifelsfrei vorhanden. Sie müssen Gegenstand einer breiten Diskussion werden über ein neues Gesellschaftsprojekt, das auch die Wachstumsdebatte einschließt und den engen Fokus auf den eingeschränkten BIP-Indikator überwindet. In dieser Diskussion müssen vor allem junge Menschen und die arbeitende Bevölkerung eine zentrale Rolle einnehmen.“* (S. 38) und weiter:
(...) „Das starke Wachstum menschlich wie ökologisch nicht nachhaltiger Wirtschaftsweisen führt zu einer immer ungerechteren Verteilung des Reichtums und zur Verarmung von Teilen der Bevölkerung Luxemburgs. Wir können den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft nur mit konsequentem politischem Vorgehen vorantreiben und dafür ist ein tiefgreifendes Umdenken nötig. Denn für déi Lénk ist Umweltschutz ein transversales Thema, das sich durch sämtliche Politikbereiche ziehen muss. (S. 38). Die Lénk treten ebenfalls für eine andere Messung des „Fortschritts in unserer Gesellschaft“ statt dem BIP ein (S. 50).

Die Einführung des Nachhaltigkeits-Checks: Eine Anmerkung

Der aus der Sicht des Mouvement Ecologique so wichtige Nachhaltigkeits-Check von Entscheidungen der Regierung sowie der Abgeordnetenversammlung - also die Analyse, ob die Entscheidung wirklich mittel- und langfristig Nachhaltigkeitsaspekten ausreichend Rechnung trägt - wird von *keiner* Partei angeführt. Anlässlich der letzten Wahlen war dies ein Thema; der Nachhaltigkeits-Check hatte Eingang in das Koalitionsabkommen dieser Regierung gefunden (ohne jedoch umgesetzt worden zu sein). Der Mouvement misst diesem Instrument höchste Bedeutung bei und wird sich konsequent im Rahmen der Koalitionsverhandlungen dafür einsetzen. Allerdings führen Parteien z.B. „punktuellere“

Check-Elemente an, z.B. bei der Zulassung eines Betriebes oder eines Großprojektes. So wichtig und sinnvoll dies ist, es kommt nicht dem generellen Nachhaltigkeits-Check gleich, der weit darüber hinaus geht.

2. Stellewert vom Naturschutz an der Biodiversität unerkennen

Für den Mouvement Ecologique ist es natürlich essentiell, welchen Stellenwert die Parteien dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen im Konkreten auf der Ebene des Naturschutzes einräumen. Fakt ist, der Biodiversitätsverlust in Luxemburg nimmt dramatisch zu. Damit hinterlassen wir den nächsten Generationen eine natürliche Umwelt, die völlig zerschnitten, zersiedelt und banalisiert ist.

Es ist schwer, die Aussagen der verschiedenen Parteien diesbezüglich zusammenzufassen. Denn es ist geradezu erschreckend, wie *wenig konkret* die meisten Parteien in ihren Aussagen diesbezüglich sind und wie die Bedeutung der Herausforderungen augenscheinlich immer noch verkannt wird.

Die Bedeutung des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen Kaum konkrete Instrumente zum Erhalt der natürlichen Umwelt

Leider sind die Aussagen der politischen Parteien, wie der Erhalt der natürlichen Umwelt konkret angegangen werden soll, bei allen recht vage.

- Der **ADR** macht Aussagen wie *“Naturschutz en zentralt Uleies vun der Politik sinn”*... ergänzt diese aber durch folgende erste Anmerkung zur Umsetzung des generellen Zieles: *“Dobäi duerf net vergiess ginn, datt de Mënsch en Deel vun der Natur ass an de Naturschutz - a besonnesch d’Ëmweltverwaltung - net do ass fir de Bierger ze schikanéieren.”* Titel des Kapitels zur Thematik der Biodiversität ist zudem *“Naturschutz ouni Schikane fir Mënschen a Betriber”*, jenes des Klimaschutzes *“Fir eng vernënfteg Klimapolitik ouni Angscht ze maachen”*. Die negativen Konnotationen in den Titeln zu den Umweltthemen geben vermutlich die grundsätzliche Haltung des ADR wieder.

Der ADR setzt sich zudem für *„définiert Schutzzonen, an deene kloer definéiert Regeln anzehale sinn“* ein. (S. 30). Angemerkt sei zudem, dass es in den allgemeinen Ausführungen noch gewisse allgemeinere Bekenntnisse zum Natur- und Umweltschutz gibt.

- Die **LSAP** führt u.a. die Komplementarität zwischen Staat und Gemeinden an; möchte das Management der Natura2000 Gebiete ausweiten, Rechtssicherheit betreffend den Biotopkataster schaffen und ähnliche generelle Aussagen. So steht zur Zersiedlung der Landschaften folgendes zu lesen: *„Maßnahmen, um diesen Trend zu stoppen und wenn möglich umzukehren, beschränken sich nicht auf die Ausweisung von Schutzzonen, sondern müssen auch in andere Politikbereiche einfließen.“* An Konkreterem und einer regelrechten Naturschutzstrategie mangelt es soweit ersichtlich... (S. 88).
- Die **DP** verweist auf die Errungenschaft, u.a. des Rifkin-Prozess sowie das neue Naturschutzgesetz hin und regt eine *„achtsame Nutzung unserer Ressourcen an“* (S. 79). Als Instrumente werden benannt Grünflächen in den Ortschaften erhalten und ausbauen,

Effizienz der Flächenpools bewerten. Der Landverbrauch soll in ihren Augen durch Kompensierungsmaßnahmen gebremst werden, wobei in Zukunft Kompensationsmaßnahmen auch für Waldumbau, Renaturierungsprojekte und produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen zugelassen werden sollen. Der Mouvement Ecologique steht dieser Anregung sehr kritisch bis negativ gegenüber. Dies auch auf Flächen, die sich nicht in öffentlicher Hand befinden. Zudem setzt die Partei auf den Ausbau der biologischen Stationen und auf die Reform des Flurbereinigungsgesetzes. (S. 79 und 80).

- **Déi Lénk** bekennen sich zwar mehrfach zur Bedeutung einer weitgehenden Naturschutzpolitik („- den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen den wirtschaftlichen Interessen unterordnen“, S. 51). führen aber kaum konkrete Instrumente an.
- Die **Piraten** gehen nicht auf die Thematik ein, außer dass sie für regionale Biolabels und beim Einkauf für umweltschonende und Fair Trade Produkte eintreten (S. 81), was alle Parteien einfordern.
- **Déi Gréng** benennen einige Instrumente: die Umsetzung des Nationalen Planes für Naturschutz, die Begrenzung der Bebauung in „zones vertes“ auf Ausnahmen und ebenfalls den vom Mouvement Ecologique eingeforderten Biodiversitätspakt zwischen Staat und Gemeinden. Wobei die Liste der genannten Instrumente dann doch auch sehr begrenzt ist (S. 10).
- Bei der Analyse des **CSV**-Wahlprogrammes muss festgestellt werden, dass dieser in dem zentralen Schlüsselbereich doch problematisch ist (auch wenn es weitaus ausführlicher ist, als bei anderen Parteien). Der Mouvement Ecologique streitet der **CSV** selbstverständlich nicht die Überzeugung ab, dass sie für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen eintritt, doch das Wahlprogramm ist in dieser Hinsicht, wie bei anderen Parteien auch, dürftig aber auch besonders problematisch. **So beginnt das Kapitel Naturschutz (7.6.) wie folgt: „Naturschutz**
Die Kreislaufwirtschaft konkret leben
Die Kreislaufwirtschaft und die effizientere Nutzung der Ressourcen sind übergeordnete Ziele und greifen in alle Felder ein.
Im Kapitel „Naturschutz“ strebt die CSV folgende Ziele an:
 - Den Gemeinden soll eine größere Verantwortung im Bereich der Bebauung von Grünzonen übertragen werden.
 - Die Verfahren zur Begutachtung der kommunalen Bebauungspläne (PAG und PAP) durch den Umweltminister sollen im Gesetz über die kommunale Flächennutzung eingefügt werden.
 - Wir werden den Gemeinden einen Biodiversitätspakt mit dem Staat vorschlagen, um den Naturschutz auf kommunaler Ebene zu stärken.
 - Das neue Naturschutzgesetz soll überarbeitet werden, um der Diversifizierung in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Die landwirtschaftliche Aktivität muss zukunftsorientierter und flexibler definiert werden. Des Weiteren dürfen keine Einschränkungen bei der Anzahl an Wohnungen bei Aussiedlerhöfen gelten, solange es sich um die aktuellen, respektive früheren Betriebsleiter handelt (mehrere Generationen).“ (S. 51).

Der Mouvement Ecologique hat eine andere Sichtweise betreffend die Kompetenzeinteilung zwischen Umweltministerium / Innenministerium und Gemeinden in Sachen Naturschutz, aber losgelöst davon: das tiefgreifendere Problem besteht darin, dass die CSV nicht primär Instrumente zur Förderung der Biodiversität benennt, sondern in diesem so zentralen

Themenbereich vor allem an Kompetenzverlagerungen „weg“ vom Umweltministerium denkt... und als erstes Instrument darüber hinaus die Kreislaufwirtschaft anführt. Der heutige Naturschutz scheint eher als Hemmschuh erachtet zu werden, was die Kommunalpolitik betrifft, ansonsten würde der zitierte Transfer der Zuständigkeiten kaum eingefordert. Konkrete Anregungen im Sinne des Erhaltes der Biodiversität (außer dem im Zitat angeführten Pakt mit den Gemeinden), werden zudem nicht benannt.

Diese Sichtweise auf den Naturschutz findet sich ebenfalls im Kapitel Landwirtschaft wieder: dort wird zwar in einem einführenden Satz die Notwendigkeit einer Verknüpfung erwähnt (*„Landwirtschaft und Umwelt sind untrennbar miteinander verbunden“*, S. 13), daraufhin werden aber vor allem Instrumente angeführt, die nicht den Stellenwert des Naturschutzes erhöhen, sondern eher – so unsere Auslegung – in Frage stellen. So sollen Agrarumwelt- bzw. Naturschutzprogramme gleichermaßen gezielt gefördert werden, wobei das Landwirtschaftsministerium Ansprechpartner für beide sein soll. Die Kompensierungsregelungen müssten reformiert werden (u.a. aus der Sicht der Interessen der Landwirte) und Aussiedlerbetriebe mit weniger Auflagen in Grünzonen möglich sein. (S. 14).

Wichtige Anmerkung: Der Mouvement Ecologique stellt positiverweise fest, dass die Mehrzahl der Parteien (außer KPL und Piraten) weitaus detailliertere und zukunftsorientiertere Vorschläge im Bereich der **Landwirtschaftspolitik** machen, als dies in den vergangenen Legislaturperioden der Fall war. Da einerseits zahlreiche Instrumente eine breite Zustimmung der Parteien finden (z.B. die stärkere Förderung regionaler Produkte, der Biolandbau, der konsequente Verzicht auf Pestizide) und andererseits der „Teufel im Detail liegt“, was die anderen Instrumente betrifft, kann an dieser Stelle leider keine detaillierte Kommentierung erfolgen, dies obwohl die Landwirtschaft von essentieller Bedeutung für den Erhalt von Natur und Umwelt ist. Die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik wird den Rahmen für die nationale Ausrichtung ab 2020 darstellen.

3. Wéi eng Landesplanung a Mobilitéit fir muer?

Bedeutung der Landesplanung:

Konsens im Allgemeinen ohne weitergehende Detailaussagen

Keine Aussagen über Anerkennung eines Verfassungsranges

Die Bedeutung der Landesplanung wird von den Parteien anerkannt. Dies allerdings in einem unterschiedlichen Detaillierungsgrad. Die Notwendigkeit einer raschen Verabschiedung der vier sektoriellen Pläne, einer weiteren Dezentralisierung von Arbeitsplätzen u.a.m. scheinen einen Konsens unter den Parteien darzustellen. Auch die Bedeutung einer effizienten Landesplanung als ein Element zur Verbesserung der Mobilitätssituation wird generell hervorgehoben. Die Opportunität einer verstärkten Partnerschaft mit der Großregion wird leider nur begrenzt thematisiert.

Was die Landesplanung anbelangt, beschränkt sich die folgende Analyse auf die Anregung des Mouvement Ecologique der Landesplanung Verfassungsrang einzuräumen, um ihr so einen deutlich erhöhten politischen Stellenwert zu geben. In rezenten Gerichtsurteilen war die Landesplanung auch deshalb der Verlierer, weil andere gesellschaftliche Ziele verfassungsmäßig verankert und somit «höher» angesiedelt waren.

Für die Verankerung in der Verfassung sprachen sich Déi Gréng aus, die anderen Parteien machten keine Aussage.

Mobilitätspolitik:

Konsens über Ausbau des öffentlichen Transportes und der aktiven Mobilität **Unterschiedliche oder fehlende Aussagen über die Prioritätensetzung der** **Investitionen in neue Straßen oder den öffentlichen Transport**

ALLE Parteien treten zudem für einen wesentlichen Ausbau des öffentlichen Transportes, die Förderung der aktiven Mobilität und vor allem des Radverkehrs ein! Der Ausbau der modernen Stadtbahn wird ebenfalls von der Mehrzahl der Parteien bejaht. Lediglich ADR sowie Piraten hinterfragen weiterhin Projekte, wie z.B. die Tram (fordern z.T. nach wie vor eine unterirdische Schienenverbindung).

Der Mouvement Ecologique begrüßt die allgemeine Entwicklung ausdrücklich: vor Jahren gab es noch keinen derartig breiten Konsens von Parteien zur Notwendigkeit des Ausbaus der aktiven Mobilität sowie des öffentlichen Transportes, und schon gar nicht zur Stadtbahn. Dieses "Umdenken" ist wohl nicht zuletzt ein Erfolg des langjährigen Engagements der Zivilgesellschaft, aber auch der konkreten Projekte, die in der auslaufenden Legislaturperiode vom Nachhaltigkeitsministerium umgesetzt und z.T. von der vorherigen Regierung geplant wurden.

Spannend ist dann die Bewertung, welche grundsätzlicheren relevanten Unterschiede aus der Sicht des Mouvement Ecologique zwischen Parteien bestehen: hier ist für den Mouvement Ecologique natürlich die Frage zentral, inwiefern die Parteien den Individualverkehr weiter fördern wollen oder nicht.

Dem Mouvement Ecologique ist bewusst, dass punktuelle Investitionen auf der Ebene der Straßenbauinfrastrukturen notwendig sein können. Allerdings ist die Spannweite, wie einzelne Parteien den Individualverkehr bewusst *parallel* zum öffentlichen Transport ausbauen wollen, dann doch bemerkenswert.

- Die **CSV** tritt sehr offen für eine Vielzahl an neuen Straßeninfrastruktur-Projekten ein. 14 Umgehungsstraßen werden explizit im Wahlprogramm angeführt, der langfristige Ausbau aller Hauptautobahnen auf 3 Fahrbahnen je Fahrtrichtung, der Bau der West-Tangente inkl. Anbindung an die Autobahn A6 werden eingefordert, der Ausbau der Nordstraße N7 auf vier Spuren u.a.m. In wiefern es eine Prioritätensetzung (auch budgetär) innerhalb dieser Vorhaben und gegenüber dem öffentlichen Transport geben soll, wird nicht angeführt.
- Die **LSAP** bekennt sich zum "Vorrang für den öffentlichen Transport" (Titel S. 94) und gibt weiter an: *„Wenn es darum geht, den Individualverkehr einzuschränken und das Mobilitätsangebot zu verbessern und effektiver zu gestalten, führt kein Weg an einem Ausbau des öffentlichen Transportes vorbei.“* Sie tritt ihrerseits für eine Reihe von Straßenbauprojekten ein, z.T. verbunden mit dem Ziel der Verkehrsberuhigung. So z.B.: *„Beim Straßenbau werden die Sozialisten dem Bau lokaler Umgehungsstraßen den Vorrang geben. Wie die Beispiele Lintgen, Sandweiler oder nunmehr Junglinster zeigen, können nach dem Bau von lokalen Umgehungsstraßen innerorts Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Bevorteilung von Fußgängern und Radfahrern verwirklicht werden. Ortschaften wie Ettelbrück, Dippach, Bascharage, Hosingen, Ufflingen und andere müssen schnellstens vom Transitverkehr befreit werden.“* Ebenfalls treten sie für den Ausbau der Hauptachse des

internationalen Durchgangsverkehrs (Arlon-Luxemburg-Thionville) sowie den Ausbau der Escher Autobahn auf 3 Spuren ein. (S. 96)

- Der **ADR** steht eindeutig zu einem weiteren Ausbau des Individualtransportes. Ein repräsentatives Zitat in diesem Zusammenhang ist folgendes: *„D’ADR wäert d’Bierger net iwwer zwangserzéiend Moosnamen, wéi d’Aféierung vun enger Maut (op Landstrooss oder fir en Zougang an d’Stad) oder der drastescher Reduzéierung vu Parkplazen (ëffentlecher oder privater), duerzou bréngen, op hiren Auto ze verzichten).* (S. 8)
- Die **DP** hält sich etwas bedeckter; aus der Lektüre ergibt sich jedoch, dass der weitere Ausbau des Individualverkehrs aus ihrer Sicht ein anstrebenwertes Ziel ist. Die Aussagen sind jedoch weniger ausführlich bzw. eindeutig als jene der CSV. Eine Aussage über eine Prioritätensetzung (auch budgetär) zwischen Individualverkehr und öffentlichem Transport wird nicht angeführt. So werden Aussagen gemacht wie: *„Die DP (...) wird (...) die Prioritätenliste der großen Verkehrsinfrastrukturprojekte überarbeiten und wichtige Projekte vorziehen. (...) Straßenbauprojekte und Umgehungsstraßen werden einzeln geprüft und ihre Priorität, falls nötig, angepasst. Die DP wird in den kommenden Jahren die Infrastrukturausgaben gegenüber der vorherigen Periode deutlich steigern. Die DP wird sämtliche Investitionen in das Straßen-, Schienen- und Radwegnetz überprüfen und die jährlichen Investitionen erhöhen, um Projekte schneller zu realisieren. Die DP wird das Straßennetz qualitativ verbessern und konsequent die bereits geplanten Umgehungsstraßen vorantreiben. Die DP wird zusammenhängende Umgehungsstraßenprojekte, wie beispielsweise Niederkerschen und Dippach oder Ettelbrück und Feulen, zeitnah durchführen. Dies um sicherzustellen, dass durch Verkehrsberuhigungen in einer Ortschaft keine Bürger in einer anderen Ortschaft benachteiligt werden.“* (S. 90 und 91)
- **Déi Gréng** legen eine klare Priorität auf den öffentlichen Transport: *„Auch wenn das Straßennetz weiterhin modernisiert werden muss, um dem öffentlichen Transport und der Lebensqualität der Anrainer gerecht zu werden, so liegt die Lösung des Mobilitätsproblems nicht im Ausbau aller Autobahnen um eine weitere Spur, auf der sich die Autos weiter stauen würden. Wir brauchen eine bessere Auslastung der Fahrzeuge und den Ausbau des öffentlichen Transportes und der Radwege. Dies ist nicht nur kurzfristig umsetzbar, es ist auch effizienter, kostengünstiger und umweltschonender.“* (S. 82). Sie treten ebenfalls dafür ein, dass in Zukunft bei Mobilitätsprojekten eine gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse mit unterschiedlichen Entwicklungsszenarien durchgeführt werden soll.
- Die **Piraten** beziehen nicht direkt Stellung, treten aber eindeutig für den Ausbau des Individualverkehrs ein: *“West- an Nord Contournement Fir de Verkéier an der Stad ze entlaaschten, muss d’West- Emgehung gebaut ginn. Och d’Nordstad brauch direkt zwee Contournements fir de Verkéier besser an de Grëff ze kréien. Sou soll ee Contournement nördlech vun Dikrech verlafen an esou de Stadkär, wéi och Angelduerf entlaaschten. Donieft ass et wichteg endlech d’Verbindung Ettelbréck-Feelen ëmzeorganisieren.“* (S. 54)
- **Déi Lénk** setzen sich für eine Priorisierung des ÖT sowie der aktiven Mobilität ein, machen aber weniger detaillierte Vorschläge zu deren Förderung als andere Parteien. Zitat im Sinne der Priorisierung: *„Die Mobilität der Zukunft wird nicht mehr auf ein einziges Transportmittel ausgerichtet sein, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Sie wird sich größtenteils auf einen, durch die öffentliche Hand organisiert und verwalteten, öffentlichen Transport stützen*

müssen, der mit anderen Transportarten, wie zum Beispiel der sanften Mobilität oder dem Car-Sharing kombiniert wird.“ (S. 42)

- Zitiert seien ebenfalls einige Passagen aus dem Program der **KPL**, dies deren Haltung spezifischer illustrieren. Es finden sich aber - wie bei allen Parteien - natürlich auch generelle Passagen zum Bedarf der Förderung des öffentlichen Transportes usw.:
*„- Wir Kommunisten fordern eine Verkehrspolitik, die prioritär öffentliche Transportmittel wie Bus und Zug fördert. Die Öffnung neuer Verkehrswege im Tunnel oder in der Luft mit Seilbahnen oder Einschienenbahnen, sei es schwebend oder auf dem Gleis fahrend, darf keinen Tabus unterliegen, denn der Straßenraum ist innerorts nirgends mehr erweiterbar. Bei entsprechenden geographischen und topographischen Gegebenheiten sollte auch die Einrichtung einer Tram berücksichtigt werden.
Damit eine solche Verkehrspolitik funktioniert, darf es keine Zersiedlung mehr geben. Der motorisierte Individualverkehr sollte im Stadtkern auf ein Minimum beschränkt werden. Deshalb sollten in der Nähe der Stadteinfahrten mehrstöckige und kostenlose Auffangparkings ober- oder unterirdisch entstehen, von wo aus mit einer hohen Frequenz öffentliche Verkehrsmittel die Menschen zu ihrem Ziel in die Stadt transportieren. (...) - die unterirdische Anbindung des Kerns der Hauptstadt an die Bahn, verbunden mit dem dritten und vierten Gleis Richtung Bettemburg, wodurch es möglich wird, viel mehr Menschen, die in der Stadt arbeiten und nicht dort wohnen, umsteigefrei nahe an ihren Arbeitsplatz zu bringen; Anbindung des Flughafens an die Bahn anstatt den Bahnsteig im Untergrund und die 500 m Tunnel für eine Server-Farm oder eine Disco zu entwerten.“* (S. 9).

4. Reform vun eisen Institutionen ugoën

Die Demokratie lebt vor allem auch von funktionierenden Institutionen, wobei nach Ansicht des Mouvement Ecologique ein recht erheblicher Reformbedarf besteht.

Positiverweise wird dieser Handlungsbedarf von allen Parteien anerkannt, wenn auch mit wichtigen Nuancen.

Abgeordnetenmandat als Vollzeitjob? Konsens zwischen den meisten Parteien

Augenscheinlich erfordert das Arbeitsvolumen der Abgeordneten, wenn man die Arbeit „gut machen“ will, einen Vollzeitjob. Dies wird auch von der Mehrzahl der Parteien so gesehen.

- **CSV:** „- Das Amt des Bürgermeisters wird in einer neuen Gemeindeordnung aufgewertet. Wir wollen hauptberufliche Bürgermeister.
- Im Zuge der administrativen Reform wird die zeitgleiche Ausübung des Bürgermeisteramts und des Abgeordnetenmandats (Doppelmandat) abgeschafft.“ (S. 40).
- **Piraten:** „D’Pirate wëllen d’Cumuléiere vu Mandater limitéieren. E Mandatsträger soll net méi wéi 40 Stonne Congé politique accumuléieren kënnen. Dëst géing z.B. bedeuten, datt d’Buergermeeschteren aus de grouse Gemengen ewéi der Stad Lëtzebuerg oder Esch/Uelzecht net och nach an der Chamber setze kënnen.“ (S. 22).

- **Déi Gréng:** „Die Möglichkeit abschaffen ein Bürgermeister- oder Schöffenmandat mit dem eines Abgeordneten zu verbinden (Doppelmandate) und kommunale Mandate aufwerten;“ (S. 77).
- **LSAP:** “- Das Amt des Bürgermeisters wird in einer neuen Gemeindeordnung aufgewertet. Wir wollen hauptberufliche Bürgermeister.
Im Zuge der administrativen Reform wird die gleichzeitige Ausübung des Bürgermeisteramtes und des Abgeordnetenmandats (Doppelmandat) abgeschafft.“ (S. 40).
Damit die Abgeordnetenkammer seine vielfältigen Aufgaben vollends erledigen kann, setzt sich die LSAP für ein **Vollzeitparlament** ein. Die Ausführung des Abgeordnetenmandats soll unvereinbar mit anderen beruflichen Tätigkeiten und politischen Ämtern in lokalen Exekutiven werden. Das gesetzliche Statut des Abgeordneten wird entsprechend reformiert werden.“ (S.11).
- Die **DP** ist für Vollzeitbürgermeister, äußert sich aber nicht zur Fragestellung der Vollzeitabgeordneten: „Die DP wird die gesetzliche Basis für einen Vollzeitbürgermeister in den großen Gemeinden schaffen. Der politische Urlaub und die finanziellen Rahmenbedingungen werden überarbeitet werden. Erst im Anschluss kann eine Entscheidung mit den anderen Parteien über eine Regelung der Doppelmandate getroffen werden.“ (S. 108).
- Der **ADR** ist ebenfalls gegen das Doppelmandat: „A Berodung mam Syvicol fënnt d’ADR eng Reegelung, fir d’Duebelmandat vun Deputéierten a Buergermeeschteren oder Schëfften ofzeschaffen.“ (S. 51).
- **Déi Lénk** treten für ein Abschaffung des Ämterkumuls ein, gehen aber nicht spezifisch auf diese Fragestellung ein: „-die Mandatszeiten und die Anhäufung von Ämtern (Ämterkumul) von Deputierten und Ministern einschränken. Ihre Vermögen, Einkommen und wirtschaftlichen Verbindungen müssen offengelegt werden.“ (S. 66).

Reform der parlamentarischen Arbeit: **ein vordringliches Thema für nur drei Parteien**

Die Abgeordnetenkammer in ihrer heutigen Struktur wird augenscheinlich ihren Aufgaben nicht mehr im notwendigen Ausmaß gerecht: sie braucht u.a. mehr Fachpersonal zur Bearbeitung der Dossiers. Nur so kann sie auch eigenständiger von der Regierung arbeiten und ihre Verantwortung übernehmen.

Die LSAP sowie “Déi Gréng” machen die weitreichendsten Anregungen, was die notwendige Reformen der Abgeordnetenkammer betrifft.

- So fordert die **LSAP** ein unabhängiges Observatorium für die Evaluierung öffentlicher Politiken ein: “Um gleichgewichtig und auf Augenhöhe mit der Regierungsverwaltung debattieren zu können, wird die Abgeordnetenkammer verstärkt auf interne und externe Expertise zurückgreifen. Die LSAP wird ein unabhängiges Observatorium für die Evaluierung öffentlicher Politiken einführen.“ Ein Lobbyregister bei der Ausarbeitung von

Gesetzesvorschlägen, ein Vollzeitparlament, die Öffentlichkeit der Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse sowie eine stärkere Partizipation der Bürger. (S. 11).

- **Déi Gréng** setzen sich dafür ein, dass *“In europapolitischen Fragen (wird) die Konsultierung des Parlaments im Vorfeld wichtiger Entwicklungen auf EU-Ebene Pflicht (wird)“*, die wissenschaftliche Fachkompetenz der Abgeordnetenkommer durch einen wissenschaftlichen Mitarbeiterstab gestärkt wird, ein zentraler Dienst für Legistik geschaffen wird um *„die formale Kohärenz innerhalb der immer komplexer werdenden Gesetzgebung zu garantieren“*, der Mitarbeiterstab im Bereich der Europapolitik ausgebaut wird und entsprechend u.a. *„Entwürfen für Richtlinien und Regulierungen bereits ab einem frühen Stadium begleitet“*, *Kommissionssitzungen des Parlaments öffentlich abzuhalten und FraktionsmitarbeiterInnen zu den Sitzungen zulassen sowie für die Schaffung eines nationalen Lobbyregisters.* (S. 77).
- Die **Piraten** setzen sich für öffentliche Sitzungen ein: *„net öffentlech Sätzunge vu Chamberkommissionen zum Beispill sinn enger Demokratie onwürdeg.“* (S. 16) sowie für ein „Lobbyregister“ für die Abgeordnetenkommer, nach dem Vorbild des europäischen Lobbyregisters. (S. 16).

Die anderen Parteien machen keine Aussagen über notwendige Reformen auf der Ebene des Parlamentes.

Weitreichende Reform des Staatsrates: das Thema bleibt in der Aktualität

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique drängt sich eine weitergehende Reform des Staatsrates auf. So kann es z.B. nicht weiter sein, dass dieses Gremium selbst entscheidet, wann es einen Gesetzesentwurf begutachtet und somit die politische Agenda vorgibt. Auch die Zusammensetzung sowie die Nennungsprozedur der Mitglieder ist bekannterweise problematisch.

- Betreffend die Nominierungsprozedur fordern die **Piraten**: *“Op d’laang Siicht fuerderen d’Piraten, datt déi verschidden Aufgaben vum Staatsrot op eenzel, an deene spezifesch Beräicher méi kompetent Organer verdeelt ginn. Kuerzfristeg wëlle mir, datt bei engem am Moment esou wichtege Organ wéi dem Staatsrot all Neibesetzung vum engem Poste strikt no Kompetenz, a net no Parteizougéhéiregkeet entscheed gëtt. D’Nominatioun op sou e Poste soll ausgeschriwwe ginn a vun enger neutraler Instanz bestëmmt ginn. Des Weidere muss de Sätz vum Grand-Duc héritier am Staatsrot gestrach gi fir d’Gewaltentrennung an demokratesch Prinzipien ze respektéieren.“* (S. 24).
- **Déi Gréng**: *“- das Gesetz zum Staatsrat überarbeiten, dem Parlament die alleinige Kompetenz geben, die Mitglieder des Staatsrates im Rahmen eines öffentlichen Hearings zu benennen und dabei die Genderparität sowie den Parteienproporz sicher stellen.“* (S. 77).
- **LSAP**: *„Die Nominierung der Staatsräte soll nicht mehr zu einem Drittel durch Kooptation erfolgen. Deren Nominierung sollte in Zukunft dem Parlament und der Regierung vorbehalten sein.“* (S. 12).
- **Déi Lénk** fordern ebenfalls eine Reform: *„- den Staatsrat demokratisieren: Er soll zu einem juristisch beratenden Organ des Parlaments (und nicht mehr der Regierung) werden und seine Zusammensetzung nicht mehr vom Proporzgerangel der Parteien abhängen. Die*

Zivilgesellschaft soll stärker vertreten sein“ (S. 63).

- Der ADR fordert: *„D’ADR ass net zefridde mam aktuelle Gesetz iwwert de Staatsrot. An enger Reform stelle mir kloer Reegelen op, fir datt d’Zesummesetzung vum Staatsrot déi vun der Chamber erëmspiggelt. D’Membere sollen exklusiv vun der Chamber ernannt ginn. Mir si géint Geschlechterquote a schafen des Dispositionen of. D’Reform soll och kloerstellen, datt de Staatsrot e berodend Organ vun der Chamber ass an net vun der Regierung. Wéinst dem Prinzip vun der Gewaltentrennung däerfe Regierungsbeamten oder Magistraten net Member vum Staatsrot sinn. Et däerf een och net gläichzäiteg Member vum Staatsrot a Buergermeeschter oder Schäffen an enger Gemeng sinn. Fir eng besser legislativ Aarbecht ze garantéieren, misst d’Zuel vun de Memberen vum Staatsrot an hirem administrative Personal erhéicht ginn.“ (S. 51 und 52).*

Die KPL, DP sowie die CSV äußern sich nicht zur Reform des Staatsrates.

5. Nachhaltige Steuerreform als Kärelement vun engem ökologesche Gesellschafts- a Wirtschaftsmodell

Eine nachhaltige Steuerreform ist, nach Ansicht des Mouvement Ecologique, das “A“ und “O“, um die Wirtschaftspolitik und auch das Konsumverhalten nachhaltiger zu gestalten. Die Erhöhung der Preiswahrheit ist DAS zentrale Element zur Erreichung einer Ökologisierung des Wirtschaftssystems / eines gewissen Umsteuerns bzw. zur Sicherstellung neuer Finanzquellen zur Mitfinanzierung des Sozialsystems.

Dabei gilt es hervorzuheben, dass Luxemburg derzeit EU-weit absolutes Schlußlicht in diesem Bereich ist. Nicht einmal 6% der Steuereinnahmen stammen aus der Besteuerung von Ressourcen und Umweltverbrauch, demhingegen wird der Faktor Arbeit zu mehr als 50% belastet.

Deshalb ist eine Steuerreform aus ökologischer und sozialer Sicht essentiell für den nachhaltigen Umbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells.

Schritte im Sinne einer nachhaltigen Steuerreform?

Klare Aussagen von nur zwei Parteien

Abgesehen von “Déi Gréng“ sowie “Déi Lénk“ führt keine andere Partei die Bedeutung einer nachhaltigen Steuerreform *als solche* an.

- **Déi Gréng** machen eine klare Ansage:
“- eine allgemeine ökologische Steuerreform planen und umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial ausgleichend wirkt. Das erreichen wir über eine Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden; - um Klimaschutz im Industriebereich, aber auch die Investitionssicherheit in Erneuerbare

*Energien zu verbessern, sich zusammen mit den Regierungen der Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien auf die Einführung eines Mindestpreises für CO₂ einigen. Härtefälle bei Industrie und Energiearmut werden dabei gezielt kompensiert werden. Gleichzeitig werden wir europäische Betriebe durch die Einführung einer CO₂-Importtaxe vor Umweltdumping schützen;
- die Abschreibungsmöglichkeiten bei Privathaushalten und Betrieben nach sozial- und umweltpolitischen Kriterien überprüfen. Eine Schätzung der Höhe dieser Steuerausgaben soll in regelmäßigen Abständen zusammen mit einer Impaktstudie veröffentlicht werden“.* (S. 79).

- Auch **“Déi Lénk”** beziehen Stellung:
*„Eine ökologische Besteuerung fördern. déi Lénk sind der Meinung, dass die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die Verschwendung von Ressourcen und der Schutz der Umwelt mit steuerlichen Maßnahmen begleitet werden muss. (...) déi Lénk wollen:
 - eine direkte Ökosteuer für alle Betriebe einführen nach dem Bonus-Malus-Prinzip, um die sozio-ökologische Transition anzuregen. Diese Steuer wird sich an den ökologischen und sozialen Auswirkungen der unternehmerischen Aktivitäten orientieren, dabei aber ihre unterschiedliche Verantwortung und Kapazität berücksichtigen, zu der sozio-ökologischen Transition beizutragen;
 - eine Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs anregen durch eine gestaffelte Preisstruktur, die sich nach dem Verbrauch richtet und mithilfe von sozialen Kriterien moduliert wird; (...)
 - Fahrzeuge mit hohen Schadstoffemissionen stärker besteuern.“* (S.35).
- Die **KPL** führt ihrerseits an: *„- keine weitere Erhöhung der indirekten Steuern (TVA)“* (S. 3).

Alternativen zur Finanzierung des Sozialsystems angehen:

Erste Ansätze von Parteien

Die Frage, wie das Sozialsystem unabhängiger vom Wachstum gestaltet werden kann, wird ihrerseits kaum von den Parteien aufgegriffen. Dabei kommt gerade ihr nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine herausragende Bedeutung zu. Denn auch die Befürworter des Wachstumsgedankens müssten sich doch der Frage stellen, dass wir den kommenden Generationen die Bürde der Notwendigkeit einer steten Zunahme von Beitragszahlern zur Sicherung des Sozialsystems nicht unendlich auferlegen können...

- Die **CSV** macht hierzu im Kapitel *„Die Renten langfristig absichern“* eine Aussage, die ggf. ansatzweise im Sinne einer nachhaltigen Steuerreform verstanden werden könnte bzw. thematisiert den Zusammenhang Wachstum / Steuern: *“Für uns gelten folgende klaren Vorgaben für eine Reform der Pensionssysteme:
 - Objektive Detailanalyse des Systems sowie der mittel- und langfristigen Finanzierbarkeit(...)“.* Nur qualitatives Wachstum durch Produktivitätssteigerung und mehr Beschäftigung schaffen es, zusätzliche Belastungen zu schultern, und diese Belastungen sind auf Grund des demografischen Wandels unausweichlich: *Bei steigender Lebenserwartung wird sich das Verhältnis von Leistungsempfängern zu Beitragszahlern verändern. Der Generationenvertrag zwischen Beschäftigten und Renten- und Pensionsempfänger könnte so auf die Probe gestellt werden.* (S. 23).

- **Déi Gréng** treten für Überlegungen ein, das Rentensystem unabhängiger vom Wachstum zu gestalten, ohne jedoch konkretere Instrumente zu benennen: *„Um sein soziales Modell finanziell tragen zu können, ist Luxemburg momentan auf ein ständiges und vor allem hohes Wirtschaftswachstum, sowie auf die Schaffung von tausenden zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Jahr angewiesen. Dies impliziert sowohl ein rasches Wachstum der Bevölkerung als auch eine Steigerung der Anzahl von Grenzgänger*innen, die mit ihren Sozialbeiträgen die Finanzierung unserer heutigen Pensionen ermöglichen, und deren eigene Pensionen und Sozialleistungsansprüche durch andere zukünftige Lohnabgaben finanziert werden müssen. Für déi gréng ist ein solches Finanzierungsmodell nicht mit unserem Kernziel, einer nachhaltigen Entwicklung von Luxemburg, vereinbar. Wir wollen das Land deshalb längerfristig aus der Abhängigkeit dieser Wachstumsspirale befreien ohne jedoch die Leistungsfähigkeit des Rentensystems zu beschneiden. Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt liefert hierbei Chancen auf Umbau und Absicherung des Rentensystems.“* (S. 27).
- Die **LSAP** greift die Thematik ebenfalls auf: *„Generationenvertrag für sichere Renten Mittel- und langfristig muss angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung auch über alternative Einnahmequellen (z.B. eine Finanztransaktions- oder eine Robotersteuer) und zusätzliche Finanzierungsmodelle nachgedacht werden. Mit zunehmender Digitalisierung sollte nicht allein der Faktor Arbeit, sondern auch der Produktivitätsgewinn als Beitragsgrundlage für die langfristige Absicherung und Finanzierung der Renten herangezogen werden.“* (S. 52 und 53).
- Die **ADR** schreibt hierzu *„Den aktuelle Pensiounssystem ass zum Deel op en net nohaltege Schnéiballsystem opgebaut an zwéngt d’Land zu engem onmoossege Wuesstem. De Risiko besteet, datt de Pensiounssystem trotz dem Wirtschaftswuesstem enges Daags zesummebrécht. Den Dag, op deem d’Pensiounen un d’Reserve ginn, kënt méi no.“* (S. 44).

Entwicklung des Tanktourismus angehen: auf dem Weg zum Ausstieg?

Was den Umgang mit dem Tanktourismus betrifft, so macht die Mehrzahl der Parteien mehr oder weniger generelle Aussagen.

- Die **DP** tritt für einen “langsamen” Ausstieg ein: *“Der langsame Ausstieg aus dem Tanktourismus wurde von der DP-geführten Regierung bereits eingeleitet. Die DP wird auch in Zukunft keine überstürzten Maßnahmen ergreifen, die zu einem rapiden Absenken der Akziseneinnahmen führen würden, sondern den Weg eines kontinuierlichen und langsamen Ausstiegs weiterführen.“* (S. 16).
- **Déi Gréng** möchten das Thema zügiger angehen: *„die Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen vom Tank- und Tabaktourismus reduzieren. Die Studie zum Tanktourismus hat die Spielräume aufgezeigt, die die nächste Regierung nutzen sollte um den Tanktourismus mittelfristig zu verringern“;* (S. 13 und 79) sowie *„alternative Finanzierungsquellen zwecks Finanzierung der Sozialsysteme erforschen, um einen Ausstieg aus dem Tanktourismus einleiten zu können“* (S. 14).
- Die **LSAP** scheint das System Tanktourismus nicht zu hinterfragen: *„Auch der **Treibstoffexport** und der Tanktourismus lasten schwer auf der nationalen CO₂-*

Bilanz. Das ist nicht zuletzt auf die internationale Berechnungsmethode zurückzuführen. Emissionen aus dem Treibstoff, der in Luxemburg verkauft wird, werden hier angerechnet, auch wenn der Sprit selbst hierzulande nicht verbraucht wird. Im Gegenzug schlägt sich der Energieimport Luxemburgs nicht in der Kyoto-Bilanz nieder. Der hohe Treibstoffexport Luxemburgs ergibt sich aus der Preisdifferenz zu den Nachbarländern.

Höhere Spritpreise hierzulande würden den Tanktourismus tendenziell verringern und den Treibstoffverkauf zunehmend in unsere Nachbarländer verlagern; die globalen CO₂-Emissionen gingen dadurch aber nicht zurück. Das hätte wohl einen positiven Einfluss auf die nationale Klimabilanz, würde aber gleichzeitig den Staatshaushalt belasten.

Da die Einnahmen aus dem Treibstoffverkauf voraussichtlich abnehmen und möglicherweise ganz ausfallen können, setzt sich die LSAP dafür ein, dass der Anteil der Einnahmen, der dem Treibstoffexport zugerechnet werden kann, in zukunftsweisende Projekte investiert wird, um die Abhängigkeit Luxemburgs von Energieimporten zu verringern.“ (S. 86).

- Die **Piraten** beziehen nicht direkt Stellung zum Tanktourismus, sondern fordern eine Reform der Autosteuer ein, wobei es aber nicht prioritäres Ziel zu sein scheint, den Treibstoffkonsum zu reduzieren, sondern die Finanzierung des Straßennetzes: *„Autosteier fir all Benotzer vum Reseau. Den aktuelle Modell vun der Autosteier soll och als Vignette benotzt ginn. Sou ka jiddwereen deen eist Stroossenetz benotzt, och säi finanziellen Deel zum Erhalt bäidroen.“ (S. 53).*
- **Déi Lénk** treten für Reformen ein: *„- die Besteuerung der Diesel-Kraftstoffe progressiv erhöhen, um eine Verbesserung der Luftqualität zu erreichen und mittelfristig aus dem Tanktourismus auszusteigen. Laut einer Studie, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurde, kostet der Tanktourismus mehr als es dem Staat einbringt und zieht darüber hinaus unnötigen Verkehr an.“ (S. 43).*
- Die **ADR** bezieht spezifisch Stellung zur Dieselthematik: *„D'ADR ass net bereet, sech um aktuellen „Dieselbashing“ ze bedeelegen! D'ADR wäert d'Proprietäre vun Dieselautoen elo net „bestrofen“, nodeems den Diesel jorelaang an Europa vun der Politik gefërdert gouf.“ (S.10)*

D'ADR wäert dofir suergen, datt de Bensin an den Diesel zu Lëtzebuerg weiderhi méi bëlleg bleiwen ewéi am direkten Ausland. Et däerf net sinn, datt aus ideologesche Grënn eng ganz Spart am Commerce zerstéiert gëtt – mat allen Aarbechtsplazen, déi domadder verbonne sinn – a Lëtzebuerg op Steuerrecettë verzicht, déi dann op engem anere Wee nees op d'Steierzueler duerkommen. (S.10 und 11).

Die **CSV** sowie die **KPL** äußern sich nicht.

6. Siedlungsentwécklung a Courage fir Allgemeng- virun Privatinteressen ze stellen

Naturschutzpolitik im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung: Unterschiedliche Sichtweisen...

Verschiedene Parteien thematisieren die Frage, inwiefern weiter neues Bauland außerhalb der bestehenden Bauperimeter ausgewiesen werden sollte und welches die Rolle des Umweltministeriums in Siedlungsfragen ist.

- Die **Piraten** bekennen sich dazu, dass eine Ausweitung der heutigen Bauperimeter erfolgen soll. Dem Verständnis des Mouvement Ecologique aufgrund der Aussagen nach, hat dieses Anliegen z.T. auch Vorrang vor Naturschutzaspekten. Stichworte aus dem Programm sind: *„Bauperimeter-Erweiterung erméiglechen - D’Pirarteppartei schwätzt sech dofir aus fir all Gemengen Bevölkerungs- a Bauperimeter zouzeloossen.“* (S. 51) .
- Die **CSV** ihrerseits greift die Frage mehrfach in ihrem Programm auf:
“- keine Ausweisung zusätzlicher Biotope auf Bauland in bestehenden allgemeinen Bebauungsplänen“. (S. 10).
“- Zusätzliches Bauland soll bei zukünftigen PAG-Abänderungen ausgewiesen werden können. - Sämtliche Prozeduren gehören analysiert und das Naturschutzgesetz soll dementsprechend überarbeitet werden.“ (S. 39).
- Auch der **ADR** spricht sich deutlich für eine Bauperimeterausweitung aus: *„Wéinst dem Präisdrock um Wunnengsmaat dærf awer och eng Erweiterung vum PAG keen Tabu sinn. Bei der Erweiterung vum PAG a bei der Ëmwandlung vun esou Terrainen ewéi Industriefrichë müssen de Staat an d’Gemengen dofir suergen, datt domadder d’Präisser erofgedréckt ginn. Mir wäerte legislativ Moosnamen ergräifen, fir datt de Benefice – deen entsteet, wann Terrainen nei als Wunnterrain klasséiert ginn – zum gréissten Deel den zukünftigen Awunner zegutt kënn.“* (S. 6).
- **Déi Gréng** ihrerseits treten nicht für eine Ausweitung ein sondern dafür *„die Bebauung in den „zones vertes“ auf Ausnahmen (zu) beschränken, damit dort landwirtschaftliche Aktivitäten und Naherholung auch für zukünftige Generationen gesichert bleiben;“* (S. 10).

Reform der Grundsteuer bzw. Besteuerung der Bodenspekulation Relativer parteiübergreifender Konsens

Generell besteht Einigkeit zwischen den Parteien, dass die Grundsteuer reformiert bzw. eine Steuer auf leerstehende Häuser sowie auf unbenutztem Bauland eingeführt werden soll. Aber auch hier gibt es durchaus relevante Unterschiede in der Ausgestaltung dieser Steuer:

- Die **DP** tritt für eine Reform der Grundsteuer ein sowie für die Besteuerung leerstehender Wohnungen / nicht benutzten Baulandes ein, jedoch unter Bedingungen:
*„Mit einer Grundsteuerreform für mehr Gerechtigkeit sorgen.
Die DP wird zusammen mit den Gemeinden eine Reform des veralteten Grundsteuersystems*

umsetzen. Die DP wird einen Grundsteuerfreibetrag einführen, wenn der Eigentümer seine Wohnung oder sein Haus selbst bewohnt.“ (S. 16).

- Die **CSV** führt an:
„Wir werden die Grundsteuer reformieren und den heutigen Immobilienwerten anpassen. Die Grundsteuer soll weiterhin eine kommunale Steuer bleiben. Sie soll dazu dienen, dass die Gemeinden ihren neuen Missionen und Aufgaben gerecht werden können“. (S. 7).
„Unbebaute Grundstücke und längerfristig leerstehende Wohnungen innerhalb des vorhandenen Bauperimeters, die aus Spekulationsgründen zurückgehalten werden, sollen über eine national festgelegte Steuer wesentlich höher besteuert werden.“ (CSV S. 39). Wie in diesem Falle die Spekulation definiert wird, wird nicht präzisiert.
- Der **ADR** will die Grundsteuer abschaffen (andere Parteien möchten sie ja eher erhöhen, da sie in Luxemburg außerordentlich niedrig ist) und durch eine neue Steuer ersetzen: „D’ADR schafft d’Grundsteuer (impôt foncier) of an ersetzt dës duerch eng appropriéiert Steuer op Bauland, dat brooch läit. Terrainen déi fir Kanner „reservéiert“ sinn (1 Terrain pro Kand), gi vun dëser Steuer net betraff.“ (S. 4) und macht aber auch z.T. widersprüchliche Aussagen:
„Trotz alle Problemer um Wunnengsmaat muss awer weiderhin d’Recht op d’Propriétéit geschützt bleiwen. Et däerf weder zu Zwangsmoosname kommen, nach zu iwwerdriwwenen Taxen.“ (S. 7).
- Die **LSAP** setzt sich sowohl für eine Reform der Grundsteuer als auch für die Besteuerung leerstehender Wohnungen / nicht mobilisierten Baulandes ein: „Die Grundsteuer und ihre Bemessungsgrundlage sind nicht mehr zeitgemäß. Die LSAP tritt für eine Abschaffung des Einheitswerts und eine Neubewertung aller Immobilien ein, wobei nicht die Wohn- bzw. Nutzfläche, sondern das Grundstück als neue Bemessungsgrundlage herangezogen werden sollte. Eine eventuelle Mehrbelastung durch die Grundsteuer muss mit einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform einhergehen.“ (S. 67).
(...)Die konsequente Bekämpfung der Baulandspekulation und -retention durch
- die Einführung einer nationalen Spekulationssteuer auf leerstehenden Immobilien und ungenutztem Bauland
- die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für neu eingestufte und als Bauland ausgewiesene Grundstücke, die dadurch an Wert zugelegt haben
- der Rückgriff auf Grundstücksenteignungen mit entsprechenden Entschädigungen falls ein öffentliches Bauvorhaben aus Spekulationsgründen verhindert wird.“ (S. 69).

Sowie: „Grundsteuer neu ausrichten

Die LSAP spricht sich für eine **grundlegende Reform der Grundsteuer** aus. Dabei muss einerseits garantiert werden, dass Spekulation auf Grund und Boden deutlich höher besteuert wird. Andererseits kann über eine Entlastung jener Haushalte diskutiert werden, die nur über eine einzige Eigentumswohnung verfügen. Falls die Grundsteuer zu einem gewichtigen Bestandteil der Gemeindefinanzierung werden soll, muss es im Gegenzug zu einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform kommen.“ (S. 82).

- In diesem Punkt bezieht die **KPL** Stellung und spricht sich mit Nachdruck für die Besteuerung der Spekulation aus:
„- eine jährlich steigende Spekulationssteuer für Eigentümer von Wohnungen, die länger als zwei Jahre leer stehen, wobei Gemeinde oder Staat alternativ anbieten, die Verwaltung und Vermietung der Wohnung gegen Miete zu übernehmen; (...)

- die Schaffung einer öffentlichen Baulandreserve und die Einführung einer Spekulationssteuer auf Bauland, welche der tatsächlichen Steigerung des Bodenwerts entspricht;“ (S. 6).

- **Déi Gréng** ihrerseits treten ebenfalls für eine Reform der Grundsteuer ein:
„- die Reform der Grundsteuer vorantreiben. Die aktuelle Bemessungsgrundlage wird immer noch nach den Preisverhältnissen des Jahres 1941 festgesetzt. Eine Reform, die den aktuellen Gegebenheiten in Luxemburg gerecht wird, ist demnach längst überfällig. Durch sie können wir die Gemeindefinanzen langfristig absichern und eine effizientere Flächennutzung fördern;
- Veräußerungsgewinne bei Immobilienverkäufen gerechter besteuern. Wir werden das „quart du taux global“-Regime abschaffen und Wertsteigerungen von Grundstücken, die durch Änderungen im Bebauungsplan entstehen, gerechter besteuern;“ (S. 96).
- **Déi Lénk** treten ebenfalls für diesbezügliche Umgestaltungen / neue fiskalische Instrumente ein : *“- eine Mehrwertsteuer einführen, die bei der Umwidmung von Grundstücken zu Bauland von der Gemeinde erhoben wird. Die dadurch generierten Einnahmen soll es den Gemeinden ermöglichen, eine aktive Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Diese scheitert oft an den fehlenden finanziellen Mitteln, vor allem bei der Nutzung des Vorkaufsrechts, über das die Gemeinden beim Verkauf von Grundstücken verfügen;“ (S. 19) sowie*
„- den sogenannten „pacte logement“ von Oktober 2008 abändern, damit die Erhebung einer Gemeindesteuer auf Bauland, das mehr als 3 Jahre nach der Umwidmung immer noch brach liegt, für die Gemeinden obligatorisch wird;
- leerstehenden Wohnraum mobilisieren. Die Besitzer müssen zuerst kontaktiert werden, um ihnen konkrete Hilfe bei der Nutzung des Wohnraums anzubieten, gegebenenfalls über eine öffentliche Immobilienagentur. Wohnungen oder Häuser die ohne triftige Gründe mehr als ein Jahr lang leerstehen, müssen mit einer Gemeindesteuer belegt werden, die jedes weitere Jahr verdoppelt wird.“ (S. 20).
Sie treten ebenfalls für eine Erhöhung der Grundsteuer ein: *„-die finanzielle Lage der Gemeinden verbessern durch eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer bei Gebäuden, die nicht als Hauptwohnsitz dienen;“ (S. 35).*

Enteignung im Interesse des Allgemeinwohls

Unterschiedliche Aussagen, jedoch Ansätze zu einem Mentalitätswechsel

Relevante Differenzen zwischen den Parteien gibt es, was die Frage betrifft, inwiefern unter gewissen Bedingungen Enteignungen im Interesse des Gemeinwohles, u.a. zum Zwecke des Wohnungsbaues, zulässig sind. Wobei hervorgehoben werden soll, dass dies nach Ansicht des Mouvement Ecologique essentiell ist, wenn unter bestimmten Voraussetzungen wichtige Projekte im Interesse der Allgemeinheit umsetzen will:

- Für die **CSV** ist eine Enteignung unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll: *„Nach der Ausweisung über den „Plan sectoriel logement“ müssen diese Flächen kurzfristig und zu einem angemessenen Preis in Besitz genommen werden können. In diesem Kontext muss dem Staat die Enteignungsprozedur in diesem Kontext muss dem Staat die Enteignungsprozedur zur Verfügung stehen, die aber nur als letztes Mittel angewendet werden kann. Ausgenommen sind jegliche Immobilien, die für private Zwecke benutzt werden. Auch landwirtschaftlich genutzte Flächen gelten als Ausnahme.“ (S. 37).*

- **Déi Gréng** setzen sich für die Möglichkeit der Enteignung ein: *„Selbstverständlich ist der Schutz des Privateigentums unabdingbar, doch Eigentum verpflichtet auch. Das bedeutet, dass die private Nutzung des Eigentums dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen darf und ihm sogar zugutekommen soll. Dafür ist es wichtig, dass wir die Prozeduren und Möglichkeiten der Enteignung überarbeiten unter Berücksichtigung einer angebrachten Entschädigung. Außerdem müssen die Ziele der Landesplanung Verfassungsrang erhalten, denn sie sind eine wichtige Voraussetzung für unsere nachhaltige Entwicklung.“* (S. 90).
- Auch **die Lénk** treten für die Enteignungsmöglichkeit ein: *„das Prinzip der an das Eigentum gebundenen sozialen Verantwortung einführen (Eigentum verpflichtet). Unsere Verfassung enthält bereits heute die Möglichkeit der Enteignung zum Nutzen der Allgemeinheit. Dieses Prinzip muss verstärkt und auch in der Praxis angewendet werden. Zudem muss das Vorkaufsrecht der öffentlichen Akteure gestärkt werden, wobei die Entschädigung mittels objektiver Kriterien festgelegt werden muss;“* (S. 59) (...) *„das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ rechtlich verankern. Unser Grundrecht kennt Enteignungen im öffentlichen Interesse. Bei Entschädigungen sollen von der Gesellschaft erhaltene Vorteile und das Prinzip „pollueur payeur“ vom Gesetz berücksichtigt werden.“* (S.63).
- Die **LSAP** bekennen sich zu einem *„Rückgriff auf Grundstücksenteignungen mit entsprechenden Entschädigungen falls ein öffentliches Bauvorhaben aus Spekulationsgründen verhindert wird.“* (S. 69).
- Die **DP** ihrerseits stellt sich gegen eine Form der Enteignung: *„Keine neuen Enteignungsinstrumente schaffen - Die DP wird keine neuen Enteignungsinstrumente einführen, wie sie von anderen Parteien gefordert werden. Die DP wird nicht zulassen, dass das Eigentum von Bürgern, die möglicherweise Bauland für ihre Kinder oder Enkelkinder im Familienbesitz halten wollen, gegen ihren Willen enteignet wird, um Wohnraum für dritte Personen zu schaffen. Die öffentliche Hand verfügt bereits über genügend Instrumente, um Wohnraum zu schaffen. Diese Instrumente gilt es aber verstärkt zu nutzen. Die DP lehnt zudem eine nationale Spekulationssteuer auf nicht bebauten Grundstücken und unbewohnten Immobilien ab, da diese die Wohnpreise nur zusätzlich anheizen würden. Positive Steueranreize, wie die Viertel-Satz-Besteuerung haben ihre Wirksamkeit hingegen schon unter Beweis gestellt.“* (S. 87)
- Die **ADR** spricht sich konsequent dagegen aus: *„Dobäi d'äerfen awer d'Eegentumsrechter net ausser Kraaft gesat ginn, sief dat duerch Enteegnungen, duerch Requisitionen oder duerch eng iwwerdriwwe Besteuerung vu Bauland oder Wunnengen, déi eidel stinn.“* (S. 5).

Die **Piraten** und die **KPL** äußern sich nicht.

7. Recht op Informatioun, Biergerbedelegung an éierenamtlechen Engagement

Demokratische Prozesse sowie die Bürgerbeteiligung liegen dem Mouvement Ecologique besonders am Herzen. Sie sind essentiell, wenn sichergestellt werden soll, dass BürgerInnen in die Politik- und Zukunftsgestaltung sowie das anstrebenswerte Gesellschaftsmodell eingebunden sind.

Förderung der Bürgerbeteiligung – nur begrenzt ein Thema

- Die **LSAP** greift die Thematik auf: „*Fir méi Biergerbedelegung Die LSAP wird zusätzliche Spielräume schaffen für aktive Bürgerbeteiligung und gemeinnütziges Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen.*“ (...) und spricht sich für eine Stärkung der partizipativen Demokratie aus:
 - „*Wichtige Themen (z.B. Landesplanung, kommunale Flächennutzung, Bebauungspläne, Gemeindefusionen), die einen wesentlichen Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, sollten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf einer möglichst breiten Ebene diskutiert werden.* (...)“ (S. 77).Ebenfalls auf der Ebene des Zugangs zum Parlament
 - „*Die LSAP wird die Demokratie weiter stärken und neben der Aufwertung des Parlaments **eine stärkere Partizipation der Bürger** an politischen Debatten und Entscheidungen fordern. Ähnlich wie dies bei der Verfassungsrevision der Fall war, wird dem Bürger bei wichtigen Gesetzesentwürfen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv mit Vorschlägen und Kritik in den Gesetzesprozess einzubringen. Darüber hinaus befürwortet die LSAP die Idee der Volksinitiative, wie sie im aktuellen Verfassungsentwurf vorgesehen ist. Es handelt sich dabei um einen Zusatz zum erfolgreichen Petitionsrecht.*“ (S. 12).
- Die **Piraten** beziehen wie folgt Stellung, ohne aber jetzt besonders konkret zu werden was die Instrumente betrifft:
 - „*Besonesch vir eng Bewäertung vu politeschen Entscheidungsträger ass et dringend noutwenneg, datt d’Grondlage vu politeschen Entscheidungen transparent gemaach ginn. Aktiv matbestëmmen an enger Demokratie ass nëmme méiglech, wa virun Decisioune souwuel den Inhalt, wéi och de Prozess vu der politescher Entscheidung öffentlich sinn. Och nodréiglech müssen Entscheidungen zréck ze verfolge sinn - net öffentlich Sëtzunge vu Chamberkommissiounen zum Beispill sinn enger Demokratie onwürdeg. Ofkommes hannert zouenen Diere müssen der Vergaangenheet ugehéieren, fir datt direkt a partizipativ Demokratie méiglech ass. An dësem Sënn setzt sech d’Piratepartei fir de Prinzip vun der Öffentlichkeet vum staatlechen Handeln an eng komplett Transparenz vun de gewielten Verrieder géigeniwwer de Wieler an.*“ (S. 16).
- **Déi Gréng** fordern „- bei der Gestaltung administrativer Abläufe verstärkt auf die Miteinbeziehung der Bürger*Innen setzen und diese Beteiligungsverfahren mit einer Kommunikationsstrategie versehen und fortlaufend begleiten.“ (S. 75) sowie
 - „- der Bürgerbeteiligung einen stärkeren gesetzlichen Rahmen geben, beispielsweise beim Haushaltsverfahren und der Stadt- bzw. Dorfentwicklung;
 - den Bürger*innen auch weiterhin bei wichtigen Zukunftsfragen die Möglichkeit geben sich in Workshops und Arbeitsgruppen aktiv am politischen Gestaltungsprozess zu beteiligen;“ (S. 92).

Unterstützung des Ehrenamtes – ebenfalls nur begrenzt ein Thema

- Die **LSAP** setzt sich in deutlichen Aussagen für eine Stärkung des Ehrenamtes ein:
*“Fir d’Stärkung vum Benevolat
(...) Die LSAP wird die Schaffung eines ehrenamtlichen Statuts anregen, um engagierten Bürgern und Zeitschenkern im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine soziale Absicherung zu ermöglichen. In diesem Sinne befürwortet die LSAP auch die grundsätzliche Übernahme anfallender Kosten für eine Unfallversicherung zur Abdeckung möglicher Risiken in Zusammenhang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten.
Darüber hinaus wird die LSAP Fortbildungsmaßnahmen und Sonderurlaubsregelungen unterstützen, die sich zur Ausübung von ehrenamtlichen Aufgaben als notwendig erweisen.
Daneben befürwortet die LSAP zusätzliche Anreize zur Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Einführung einer Ehrenamtskarte könnte beispielsweise an Preisermäßigungen bei Kultur- und Sportveranstaltungen. (S. 78).*
- Auch **Déi Gréng** machen diesbezüglich mehrere konkreten Anregungen:
*“- das Engagement jener Freiwilligen in Führungspositionen von Vereinen anerkennen, indem diese ein gewisses Kontingent an Stunden in Lebensarbeitszeitkonten gut geschrieben bekommen;
- eine Studie zum Vereinsleben in Luxemburg in Auftrag geben, um das bürgerschaftliche Engagement in Luxemburg effektiver zu fördern und die Bedürfnisse der Vereine des gemeinnützigen Sektors besser zu erkennen;
- die Einführung eines „Congé associatif“ prüfen und somit ehrenamtliches Engagement aufwerten;“ (S. 56).*
- Die **CSV** greift das Thema ebenfalls auf. *„Die CSV setzt sich dafür ein, das Ehrenamt aktiv zu unterstützen und zu stärken“* und weiter
„- Ehrenamtliche Helfer sind in unserer heutigen Zeit vermehrt Risiken ausgesetzt. Fragen rundum ihren Schutz während ihrer Tätigkeiten sind hierbei von großer Wichtigkeit. Für die CSV ist es daher wichtig, das Ehrenamt als wichtigen Pfeiler unsere Gesellschaft zu unterstützen und vermehrt auf seine Wichtigkeit hinzuweisen.“ (...) (S. 33).

Recht auf freien Zugang zu Informationen: Nachholbedarf aus der Sicht von nur drei Parteien

In dieser Legislaturperiode wurde ein Gesetz zum freien Zugang zu Informationen verabschiedet, das leider nach Ansicht (nicht nur) des Mouvement Ecologique erhebliche Defizite aufweist. Deshalb hatten die politischen Parteien zumindest teilweise beim Votum auch zugestanden, eine Evaluation der Umsetzung des Gesetzes durchzuführen. In den Wahlprogrammen finden sich nur wenige diesbezügliche Aussagen.

- **Déi gréng** greifen das Thema auf:
„- das Gesetz zur offenen und transparenten Verwaltung zügig umsetzen und evaluieren. Gegebenenfalls sollte dieses Gesetz nachgebessert werden, damit die freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten sichergestellt ist;“ (S. 77).

- Auch die **Piraterpartei** setzt sich für eine Reform des Gesetzes ein: „*Déi aktuell Versioun vum Gesetz zum Accès op staatlech Informatiounen spigelt de Refus vunde läschte Regierungen erëm, Transparenz an d'Informéieren vu Bierger eescht ze huelen. (...) D'Piraterpartei fuerdert dowéinst en Transparenzgesetz no Hamburger Virbild.*“ (S. 16).
- **Déi Lénk** setzen sich für das Informationsrecht ein, stellen aber keinen Bezug zum neu gestimmten Gesetz her:
„- ein Recht auf Information einführen. Der mündige Bürger hat ein umfassendes Recht auf Information. Also muss er Zugang haben zu allen Informationen, die ihn selbst und/oder das Allgemeinwohl betreffen, und zwar im öffentlichen wie im privatwirtschaftlichen Bereich.“
 (S. 63).

Infragestellung von demokratischen Rechten: eine kritische Anmerkung des Mouvement Ecologique

Im vorliegenden Dokument hat sich der Mouvement Ecologique darauf beschränkt, eine Gegenüberstellung der Aussagen der Parteien in ihren Wahlprogrammen zu erstellen, dies ohne weitergehende Wertung. Dazu sei nachstehend eine Ausnahme gemacht.

Dies in Bezug auf folgende Aussagen der CSV sowie der DP:

- **CSV:** „*Kapitel Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung / 2.1. Standortpolitik und Unternehmensförderung*“ (...).
„Bei Genehmigungsprozeduren soll in Zukunft dort, wo dies möglich ist, nach einer festgesetzten Frist das Prinzip „keine Antwort der Verwaltung ist gleich Genehmigung“ („Silence vaut autorisation“) gelten. (...)
„Die Vorgabe „Toute la directive et rien que la directive“ wird uns bei der Umsetzung von europäischen Richtlinien leiten.“ (S. 9).
- **DP:** „*Sämtliche Verwaltungsverfahren werden auf ihre Effizienz und Komplexität überprüft und gegebenenfalls vereinfacht. Dabei wird überprüft, inwieweit das Prinzip „le silence de l'administration vaut accord“ eingeführt werden kann.*“ (S. 107).

Der Mouvement Ecologique hat sich bereits in dieser Legislaturperiode sehr konsequent gegen derartige Bestimmungen eingesetzt. Was das Prinzip des „*silence vaut accord*“ betrifft, so kann es nicht sein, dass ggf. Bürgerrechte auf diese Art und Weise verletzt werden. Es kann doch nicht sein, dass somit z.B. eine Anlage, ein Betrieb oder ein Bau genehmigt wird, der für Andere bzw. die Umwelt eine Belastung darstellt bzw. nicht konform zu Gesetzen und Leitlinien ist, nur weil die zuständige Behörde ihre Arbeit nicht leistete! Nicht vertretbar ist zudem, dass somit z.B. auch die Festlegung von Auflagen problematisch wird. Der Mouvement Ecologique erwartet vielmehr, dass das Problem der unbeantworteten Anfragen oder zu langen Wartezeiten von der kommenden Regierung durch effiziente und personell genügend ausgestattete Verwaltungen aufgegriffen wird, und nicht durch eine Beschneidung der Bürgerrechte!

Was die EU-Vorgaben betrifft: ein Land, das entscheidet, in Zukunft nur noch EU-Recht umzusetzen und die von der EU zugestandenen Spielräume nicht im Interesse der Richtlinien der nationalen Politik anwendet, fördert den Missmut gegenüber der EU und engt den Gestaltungsspielraum Luxemburgs bewusst ein. Der Mouvement Ecologique tritt - auch zur Stärkung des Vertrauens in die EU - für das genaue Gegenteil ein!

8. Die zukünftige Aufteilung der Regierungsressorts: je nachdem wird eine effiziente Nachhaltigkeitspolitik z.T. in Frage gestellt

Der Mouvement Ecologique hatte in seinen Wahlanregungen keine Änderung in Bezug auf die Ressortzuteilung des Nachhaltigkeitsministeriums angeregt, da die aktuelle Aufteilung sich in dieser Form bewährt hat.

Einige Parteien schlagen nunmehr Reformen vor:

- Déi **Gréng** fördern als einzige Partei eine Stärkung des Umweltministeriums und möchten Kompetenzen vom Landwirtschaftsministerium ins Umweltministerium übertragen: „- *die Zuständigkeit für Pestizide an das Umweltministerium übertragen und pestizidfreie Flächen vergrößern, um das Massensterben der Insekten zu stoppen;*“ (S. 10).
- Die anderen im Folgenden erwähnten Parteien – so zumindest die Analyse des Mouvement Ecologique – möchten im Besonderen das Umweltministerium eher in bestimmten Befugnissen beschneiden.

- Die **LSAP** möchte ein „Zukunftsministerium, Digitalisierung, Wirtschaft, Politik und Umwelt“ schaffen: „*Angesichts der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie etwa die Digitalisierung, die Verbesserung der Lebensqualität und die wachsenden Ungleichheiten, setzt sich die LSAP für die **Schaffung eines Zukunftsministeriums** ein, wie es auch schon in anderen Ländern eingerichtet worden ist. Das Zukunftsministerium arbeitet eine langfristige Strategie und konkrete Maßnahmen aus, wie den Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Umwelt begegnet werden kann.*“ (S. 12).

- Die **CSV** ihrerseits geht eher in die gegenteilige Richtung und möchte Kompetenzen vom Umwelt- ins Landwirtschaftsministerium übertragen: „- *Agrarumweltprogramme und Naturschutzprogramme sollen gleichermaßen gezielt gefördert werden. Das Landwirtschaftsministerium soll für die Landwirte der Ansprechpartner für alle Programme sein.*“ (S. 14).

- Die **DP** wiederum tritt dafür ein, dass alle Kompetenzen für Wohnungsbau in einem Ministerium verankert werden: „*Die Genehmigung von Wohnprojekten unterliegt derzeit der Verantwortung von Umwelt- und Innenministerium, also von zwei Verwaltungen. Da alle Parteien den Wohnungsbau zur politischen Priorität erklärt haben, möchte die DP die Kompetenzen für den Wohnungsbau konsequenterweise im Wohnungsbauministerium bündeln. Dieser Schritt würde eine deutliche Entbürokratisierung der langwierigen Genehmigungsprozeduren bedeuten.*“ (S. 86).

Das Motiv für die Reformvorschläge bestimmter Parteien dürften z.T. Folgendes sein: es geht darum den Stellenwert des Nachhaltigkeits- bzw. Umweltministeriums zu reduzieren.

Wer die Kompetenzen des Umweltministeriums im landwirtschaftlichen Bereich herabsetzen will, der erkennt die Problematik des Biodiversitätsverlustes in Luxemburg: Kooperation ist angesagter denn je, aber nicht eine teilweise Kompetenzverringerng des Umweltministeriums

Gleiches gilt für den Wohnungsbau. Sonder Frage soll hier die Absprache zwischen Ministerien verbessert werden, aber auch hier gilt: die Verantwortung einer guten Durchgrünung, klimagerechtes Bauen aber auch eine klimagerechte Stadtentwicklung sind heute wichtiger denn je! Die Stimme des Umweltministeriums kann dort einen wichtigen Ausgleich zu einer Debatte über reine Erhöhung des Wohnraumangebotes auf begrenztem Raum und demnach zur Erhöhung der Lebensqualität leisten.

Was die Zusammenlegung des Wirtschafts- und des Umweltministeriums betrifft: man darf sich nichts vormachen, es geht den Befürwortern doch wohl kaum darum, dass das Umweltministerium mehr Rechte in Wirtschaftsfragen erhält... Auch hier gilt: verbesserte Absprache ja, Infragestellung der Kompetenzen nein!

Wichtige Anmerkung: Es konnten in dieser Analyse nicht alle wichtigen Themenbereiche aufgegriffen werden. So fehlt z.B. auch der Wohnungsbau, wobei hervorhebenswert ist, dass die Parteien grundsätzlich weitaus mehr und konkretere Instrumente benennen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Auch die Idee, die auch der Mouvement Ecologique befürwortet, dass eine Art „Wohnungsbaugesellschaft“, die vor allem Gemeinden aber auch BürgerInnen berät, wurde aufgegriffen. Gleiches gilt für den Themenbereich Wasserwirtschaft u.a.m.

Was das so wichtige Thema der Klima- und Energiepolitik betrifft, so erfolgt eine Analyse durch Votum-Klima, eine Plattform von Nicht-Regierungsorganisationen, in der der Mouvement Ecologique Mitglied ist.

Die Thematik der Freihandelsabkommen wird von der Initiative Stop CETA & TTIP aufgegriffen.

Der Versuch eines inhaltlichen Résumés

Da verschiedene Parteien zu *unterschiedlichen* Fragestellungen - aus Sicht der Nachhaltigkeit - z.T. sehr unterschiedliche Aussagen gemacht haben bzw. die Parteiprogramme einen unterschiedlichen Detaillierungsgrad und Struktur haben, ist es schwer eine objektive Gesamtbilanzierung zu machen.

Aus rein inhaltlicher Sicht gesehen, stellt der Mouvement Ecologique fest, dass

- **Es, was das Hinterfragen des aktuellen Wachstumsdogmas und damit die Abhängigkeit unserer Sozialsysteme und der Folgekosten betrifft**, allgemeine Ansätze von einigen Parteien gibt, konkrete Steuerungsinstrumente jedoch weitgehend fehlen;
- die **Priorität des Erhaltes unserer Lebensgrundlagen** (u.a. gegenüber wirtschaftlichen Interessen, aber auch gegenüber dem Druck durch Wohnungsbau, Aktivitätszonen und anderen Infrastrukturen) nur begrenzt thematisiert wird, ebenso wie jene der **Privatinteressen gegenüber dem Allgemeininteresse**;
- der dramatische **Rückgang der Biodiversität** für die meisten Parteien noch immer kein reelles Thema mit sehr konkreten Vorstellungen von Maßnahmen ist;

- im **Mobilitätsbereich** ein wichtiger Paradigmenwechsel in Richtung öffentlicher Transport und aktive Mobilität erfolgt ist, jedoch vielfach noch immer keine Priorisierung der öffentlichen Investitionen in den öffentlichen Transport auf Kosten des Individualverkehrs erfolgt;
- die **Reform unserer Institutionen** und eine **verstärkte Information bzw. der Beteiligung der BürgerInnen** nur für eine begrenzte Anzahl von Parteien ein vordringliches Thema darstellt, für andere jedoch noch immer in den Wahlprogrammen fehlt bzw. sogar bei verschiedenen als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen wird;
- eine **nachhaltige Steuerreform**, als Rückgrat einer nachhaltigen Umgestaltung des aktuellen Wirtschaftssystems, ebenfalls nur bei einigen Parteien als wesentlicher Faktor angesehen wird;
- die Tendenz **Natur- und Landschaftsschutz** auszuspielen gegen die Notwendigkeit der **Schaffung von zusätzlichem (effektiv benötigtem) Wohnraum** durch Öffnung der Bauperimeter bei bestimmten Parteien zunimmt, während in positiver Weise zur Mobilisierung bestehenden Wohnraumes innerhalb der Bauperimeter weitgehender Konsens zur Einführung eines Besteuerungssystems besteht;
- die Notwendigkeit einer weitaus **systematischeren Bürgerbeteiligung, einer Förderung des Ehrenamtes** sowie eines **verbesserten Zuganges zu Informationen** nur von wenigen Parteien gesehen wird;
- seitens bestimmter Parteien die Absicht besteht, im Rahmen **der Kompetenzaufteilung der Ministerien** das Nachhaltigkeitsministerium - das in dieser Legislaturperiode insgesamt eine überzeugende Arbeit geleistet hat - zu schwächen.

Es ist nicht die Rolle eines Mouvement Ecologique, als parteipolitisch unabhängige Nicht-Regierungsorganisation eine Wahlempfehlung für diese oder jene Partei auszusprechen.

Unsere Aufgabe ist vielmehr, die inhaltlichen Aussagen der verschiedenen Parteiprogramme im Vergleich zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen bzw. zu den von uns, im Detail entwickelten Vorschlägen für die nächste Legislaturperiode vorzustellen und ansatzweise, so weit wie möglich in einer objektiven Sichtweise, zu werten.

Es ist an den BürgerInnen ihre eigene Entscheidung in der Wahlkabine aufgrund u.a. dieser, wie auch anderer Überlegungen zu treffen.